

Antrag 77/I/2024**AG Selbst Aktiv Berlin****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****erledigt durch Rechtsprechung (Konsens)****Aussetzen der Schulbesuchspflicht vermeiden: Einführung des pädagogischen Konzepts der "Kleinklassen Autismus" für autistische Kinder in Berlin**

1 Mit § 41 Abs. 3a SchulG wurde eine Möglichkeit geschaf-
2 fen, die Schulbesuchspflicht ganz oder teilweise ruhen zu
3 lassen. Die Landesbeauftragte für Menschen mit Behinde-
4 rungen geht im aktuellen Verstößebericht davon aus, dass
5 etwa 1.000 Kinder und Jugendliche von solchen Maßnah-
6 men betroffen sind, überwiegend aus dem autistischen
7 Spektrum, deren Verhalten den Unterricht stört. Der Be-
8 richt beklagt, dass genaue Zahlen nicht vorliegen. Die so-
9 zialdemokratischen Mitglieder im Senat, im Berliner Ab-
10 geordnetenhaus und in den Bezirksverordnetenversamm-
11 lungen werden daher aufgefordert, sich dafür einzuset-
12 zen, dass diese Lücke geschlossen und eine statistische Be-
13 darfserhebung wird.

14
15 Die Bedarfserhebung soll auf der Grundlage von § 63
16 Abs. 2 und § 41 Abs. 3a des Berliner Schulgesetzes er-
17 folgen und ausschließlich Kinder mit einer psychiatri-
18 schen Diagnose einer Autismus-Spektrum-Störung er-
19 fassen. Dabei sollen alle relevanten Akteur*innen, ein-
20 schließlich der bezirklichen Schulpsychologischen und In-
21 klusionspädagogischen Beratungs- und Unterstützungs-
22 zentrums (SIBUZ), der Teilhabefachdienste Jugend, der
23 Regional-Sozialpädagogischen Dienste und der Schnitt-
24 stellen Schule und Jugend, eingebunden werden. Die Er-
25 gebnisse der Bedarfserhebung sollen regelmäßig aktuali-
26 siert und in Zusammenarbeit mit den genannten Stellen
27 analysiert werden, um eine ganzheitliche Perspektive ein-
28 zunehmen. Der Benachteiligung von autistischen Kinder
29 im Schulsystem ist gesamtstädtisch entgegenzuwirken.

30
31 Die Bedarfserhebung soll die Senatsverwaltung für Bil-
32 dung, Jugend und Familie sowie die jeweiligen Bezirks-
33 ämter in die Lage versetzen, Präventionsmaßnahmen zu
34 entwickeln, um Schulzeitverkürzungen und -ausschlüssen
35 entgegenzuwirken. Eine wichtige Maßnahme kann da-
36 bei die Implementierung des pädagogischen Konzepts der
37 "Kleinklassen Autismus" für autistische Kinder sein. Die
38 Kleinklassen Autismus sollen in den Schulen eingerichtet
39 werden, die die Kinder bereits besuchen.

Begründung

40
41 **Begründung**
42 Autistische Kinder haben das gleiche Recht auf Beschul-
43 lung und Bildung wie nicht-autistische Kinder. Auch für
44 autistische Kinder gilt die Schulpflicht und das Menschen-
45 recht auf Schule und qualitativ hochwertige Bildung. Das
46 Recht auf Bildung ist im Grundgesetz, in der UN-
47 Kinderrechtskonvention, der UN-Behindertenkonvention,

48 der EU-Grundrechtecharta und dem Zusatzprotokoll zur
49 Europäischen Menschenrechtskonvention unmissver-
50 ständlich festgehalten. Auch Art. 20 Abs. 1 der Berliner
51 Verfassung enthält dieses Recht. Das SchulG Berlin
52 verweist auf dieses Recht in §2. Der Staat steht glei-
53 chermaßen in der Verantwortung, autistische Kinder
54 gleichberechtigt und somit diskriminierungsfrei zu be-
55 schulen und ihre volle, wirksame und gleichberechtigte
56 Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu fördern, Benach-
57 teiligungen zu vermeiden oder ihnen entgegenzuwirken.
58
59 Trotz allem werden regelmäßig Fälle von autistischen Kin-
60 dern bekannt, bei denen die Schulzeit verkürzt oder aus-
61 gesetzt wird. Ausschlüsse erfolgen häufig ohne rechtliche
62 Grundlage durch Schulen oder ausreichende Begründung
63 gegenüber den Eltern.